

(Gemeinsame Besprechung der Verbände der chemischen Industrie Oesterreichs und Ungarns.)  
Am 27. November fand im Hause der Industrie in Wien eine Besprechung des Zentralverbandes der chemischen und metallurgischen Industrie Oesterreichs und des Landesvereines der chemischen Industriellen Ungarns statt. An dieser nahmen ungarischerseits unter Führung des Vizepräsidenten Generaldirektors Bela Neáhtnik die Vizepräsidenten Oskar von Szirmai und Generaldirektor Josef Hercz sowie eine Anzahl Herren des Direktionsausschusses des Landesvereines teil. Von österreichischer Seite begrüßte die Versammlung der Präsident Doktor Kahlenberg. Als Ergebnis der Besprechung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:  
„1. Die beiden Körperschaften sind darüber einig, daß, so sehr auch die zollpolitische Annäherung an Deutschland wünschenswert erscheint, diese unbedingt nur mit der Beibehaltung jenes Zollschutzes denkbar ist, welchen die chemischen Industriezweige Oesterreichs und Ungarns benötigen, um ihre Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten und die finanziellen Lasten tragen zu können, die der Krieg mit sich bringen wird. 2. Betreffs der Kartellfrage hat in Konsequenz der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland der systematische Ausbau des Kartellrechtes, beziehungsweise die Schaffung von Kartellgesetzen in Oesterreich und in Ungarn soweit zu erfolgen, als es die moderne Ausgestaltung unsres Wirtschaftslebens nötig macht. 3. Hinsichtlich der Uebergangswirtschaft erscheint bei der Beschaffung der Rohstoffe, schon mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse, ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland wünschenswert. 4. Betreffs jener chemischen Fabriken, die während des Krieges von der Heeresverwaltung errichtet worden sind, wird beiderseits die Forderung erhoben, daß diese Betriebe nach dem Kriege nicht zur Konkurrenzierung der Privatindustrie dienen dürfen. Ueber die weitere Verwendung dieser Fabriken soll vielmehr im Einvernehmen mit den Interessenten der chemischen Industrie beider Staatsgebiete entschieden werden.“  
Weiter wurde beschlossen, einen gemeinsamen Ausschuß einzusetzen, der alle wichtigen Fragen, die die chemische Industrie beider Staatsgebiete betreffen, beraten soll.